



Die französischen Parlamentswahlen: Kandidaten, Bündnisse, Themen und Herausforderungen

Bei den Parlamentswahlen am 12. und 19. Juni 2022 wählen die Französinen und Franzosen insgesamt 577 Abgeordnete. Diese sind für fünf Jahre in die Nationalversammlung, dem Unterhaus des Parlaments, gewählt. Die Parlamentswahlen finden nach dem Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen statt ([Weitere Informationen zum Ablauf der Wahlen](#)).

Der bisherige Wahlkampf war durch die späte Ernennung der Regierung Borne I am 20. Mai ausgebremst. Insbesondere die Schlüsselposten der neuen Regierung sind durch Kontinuität gekennzeichnet; so gehörten 15 der insgesamt 28 Regierungsmitglieder bereits der letzten Regierung an. Macron grenzt sich somit deutlich von seiner 2017 deklarierten Strategie der Disruption ab. Auch sind bei den zentralen Ministerien klar die bürgerlich-konservativen Profile der Amtsträger ausmachbar. Diese Entscheidung hat sofort zu starker Kritik seitens der linken Opposition um Jean-Luc Mélenchon und seiner neu gegründeten „Neue sozialistische und ökologische Volksunion“ (NUPES) geführt, die den „fehlenden Neustart“ nun für sich im Parlamentswahlkampf nutzen wollen.

Folgende Entwicklungen lassen sich derzeit in Hinblick auf die Parlamentswahlen ausmachen:

Schlaglicht 1: Infolge der Präsidentschafts- und im Hinblick auf die Parlamentswahlen haben sich zwei neue starke Parteienbündnisse gebildet, die den Parlamentswahlkampf derzeit klar dominieren.

- Unter dem Namen „**Neue sozialistische und ökonomische Volksunion**“ (NUPES) setzen sich die vier Parteien La France insoumise (LFI), Europe Ecologie Les Verts (EELV), der Parti Socialiste (PS) und der Parti communiste français (PCF) das Ziel, eine gemeinsame Mehrheit bei den Parlamentswahlen zu erreichen und somit den „Anspruch“ auf das Amt des Premierministers gegenüber Staatspräsident Macron „einfordern“ zu können. Diesen hat bereits der Präsidentschaftskandidat von France Insoumise (LFI), Jean-Luc Mélenchon, angemeldet. Er war bei den Präsidentschaftswahlen mit rund 22% knapp auf dem dritten Platz hinter der Rechtspopulistin Marine Le Pen gelandet. Der PCF, die PS und EELV stimmten zu, den Großteil des Wahlprogramms von France Insoumise übernehmen zu wollen. NUPES tritt im Parlamentswahlkampf für einen Mindestlohn von 1.400 Euro, die Rente mit 60 sowie die Schaffung einer 6. Republik ein. Auf EU-Ebene ruft dieses linke Bündnis zu „aufgeklärtem Ungehorsam“ auf. „Während einige europäische Vorschriften eine Unterstützung darstellen (Verbraucherschutz, Umweltstandards...), stehen viele andere nicht im Einklang oder sogar im Widerspruch zu den Erfordernissen der ökologischen und sozialen Notlage“, heißt es in der Vereinbarung zwischen den Parteien. Nach Ansicht der „linken Volksunion“ widersprechen demnach einige Wettbewerbs- und Haushaltsregeln den ökologischen Interessen. Der Zusammenschluss hat vor allem in den Reihen der PS zu Konflikten geführt. So sind der ehemalige Premierminister Bernard Cazeneuve und der ehemalige Präsident der Nationalversammlung, Claude Bartolone, aus der Sozialistischen Partei ausgetreten. Auch der ehemalige Staatspräsident François Hollande hatte sich im Vorfeld des Zusammenschlusses klar gegen die Kooperation mit den Linkspopulisten ausgesprochen. Insgesamt wird das Bündnis der Grünen und der Sozialisten mit den Linkspopulisten in Frankreich im linken politischen Lager durchaus negativ gesehen, gerade im europapolitischem Bereich habe man

„seine Seele verkauft“. Es bleibt zu beobachten, ob sich der politische Schachzug des linken Lagers in den Ergebnissen der Parlamentswahlen niederschlagen wird. In aktuellen Umfragen liegt NUPES mit rund 28%¹ für den ersten Wahlgang vorne. Das sie dennoch voraussichtlich nicht stärkste Partei in der Nationalversammlung werden, lässt sich auf Grunde des in Frankreich geltenden Mehrheitswahlrechts mit zwei Wahlgängen erklären.

- Bereits im November hat sich ein Bündnis der En-Marche-Bewegung mit der zentristischen Partei Mouvement Démocratique (MoDem) von François Bayrou, der erst im Oktober gegründete Partei Horizons des ehemaligen Premierministers Édouard Philippe sowie der 2017 in Folge des Parteiausschlusses mehrerer „Macron-kompatiblen“ Abgeordneter der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains gegründeten Partei Agir bestätigt. In diesem Kontext verkündete die En Marche-Bewegung auch ihre Namensänderung in Renaissance. Den Namen Renaissance verwendete die Partei bereits für ihre Liste bei der Europawahl 2019. Das Bündnis Ensemble, das im Rahmen der Präsidentschaftswahlen zur Unterstützung von Staatspräsident Emmanuel Macron gegründet wurde, einigte sich im Rahmen der Parlamentswahlen auf eine Verteilung der Kandidatenplätze in den Wahlkreisen; die einzelnen Parteien werden also jeweils keine Gegenkandidaten aufstellen. In aktuellen Umfragen zu den Parlamentswahlen liegt das Bündnis mit 27% auf Platz 2. Es bleibt in den verbleibenden drei Wochen bis zu den Wahlen zu beobachten, inwiefern die Regierungsbildung weitere Wähler mobilisieren kann. Auch wenn das linke Lager zu Teilen durch die Ernennung von Elisabeth Borne besänftigt werden könnte, sorgen die klar bürgerlich-konservativen Profile in verschiedenen Kernministerien für Kritik.

Schlaglicht 2: Die Rechtspopulistin Marine Le Pen bezeichnete ihr gutes Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen als Sieg. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass die Partei Rassemblement National stärkste Oppositionspartei in der neuen Nationalversammlung wird.

- In aktuellen Umfragen zum ersten Wahlgang der Parlamentswahlen liegt die rechtspopulistische Partei Rassemblement National bei 22% und liegt somit auf dem dritten Platz. Der Rassemblement National hat sich für diese Wahl offiziell keine klaren Ziele gesetzt. Beobachter gehen von etwa 30 Wahlkreisen aus, die RN für sich entscheiden könnte, insbesondere im Norden Frankreichs, sowie in den südfranzösischen Départements Var, Gard sowie im Bouches-du-Rhône. Dreißig Sitze scheinen im Vergleich zu Marine Le Pens Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen und ihren mehr als 13 Millionen Wählerstimmen im zweiten Wahlgang wenig. Dennoch wäre es ein Erfolg für RN: so könnte die rechtspopulistische Partei, sollten sich die Prognosen bestätigen, viermal mehr Sitze als 2017 für sich einnehmen. RN könnte dann zum ersten Mal in der Geschichte der 5. Republik eine Fraktion in der Nationalversammlung auf Grundlage des Mehrheitswahlrechts bilden und somit die parlamentarische Debatte mitbestimmen.²
- Derzeit ist nicht abzusehen, inwiefern der „Front Républicain“ im zweiten Wahlgang von Relevanz sein und so den Rassemblement National ausbremsen könnte. Es bleibt angesichts

¹ [Baromètre des élections législatives – Vague 1 \(ifop.com\)](#)

² 1986 erhielt die Partei Front National 35 Sitze. Es handelte sich um die einzigen Parlamentswahlen der 5. Republik, die nach Verhältniswahlrecht stattfanden.

der großen Politikverdrossenheit der Franzosen fraglich, ob z.B. Wähler von NUPES im zweiten Wahlgang dazu bereit sein werden, für das macronistische Lager zu stimmen, um RN den Weg in die Nationalversammlung zu versperren.

- Einzelne weitere Wahlkreise könnte RN möglicherweise durch ein Bündnis mit der Partei Reconquête! des Rechtspopulisten Eric Zemmour dazugewinnen, oder zumindest der Einzug in den zweiten Wahlgang sicherstellen. Reconquête! liegt in Umfragen zum ersten Wahlgang der Parlamentswahlen derzeit bei 6,5%. RN hat sich jedoch klar gegen eine Zusammenarbeit mit Zemmour ausgesprochen.

Schlaglicht 3: Nach dem schlechten Abschneiden der beiden traditionellen „Volksparteien“, der Parti socialiste und der bürgerlich-konservativen Partei Les Républicains bei den Präsidentschaftswahlen, bei denen beide Parteien unter 5% landeten, werden auch die Parlamentswahlen keine Kehrtwende für PS und LR mit sich bringen; jedoch aus unterschiedlichen Gründen.

- Ob der sozialistischen Partei nach den Parlamentswahlen ein politisches Comeback gelingen kann bleibt fraglich. Die Partei ist bei den Präsidentschaftswahlen mit 1,75% der Stimmen klar gescheitert und hat es seit 2017 nicht geschafft, sich inhaltlich und personell neu aufzustellen. Zahlreiche Beobachter sehen das Bündnis mit LFI (siehe oben), in der Rolle als Juniorpartner, als letzten Todesstoß für die ehemalige Volkspartei Frankreichs. Das linke Lager in Frankreich ist klar durch die linkspopulistischen Positionen des LFI-Parteichefs Jean-Luc Mélenchon dominiert.
- Für das bürgerlich-konservative Lager präsentiert sich die Lage weniger dramatisch, jedoch durchaus als schwierig. Das Scheitern von Präsidentschaftskandidatin Valérie Pécresse hat die Partei deutlich demoralisiert. **Les Républicains** haben am 7. Mai ihre Kampagne für die Parlamentswahlen gestartet, nachdem sie ihr Wahlabkommen mit der Union des démocrates et indépendants (UDI) und dem Nouveau Centre abgeschlossen haben. Die Vereinbarung sieht im Einzelnen 457 LR-Kandidaten, 59 UDI-Kandidaten, 26 Nouveau Centre-Kandidaten und einen Kandidaten der Bewegung „Freiheit und Territorien“ vor. Rund 20 Kandidaten zogen ihre Kandidatur aufgrund des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen komplett zurück. Von den rund 100 Abgeordneten, die die LR noch in der Nationalversammlung hat, treten mehr als drei Viertel wieder an; zahlreiche politische Schwergewichte wie z.B. der Parteivorsitzende Christian Jacob werden sich jedoch nicht erneut zur Wahl stellen. Entgegen der Vermutungen verschiedener politischer Beobachter konnten weder das macronistische Lager, noch die Partei des Rechtspopulisten Eric Zemmour eine große Anzahl von LR-Politikern abwerben. Der Parteivorsitzende Christian Jacob bestätigte mehrfach die Unabhängigkeit seiner Partei von dem Bündnis des Präsidenten. Lediglich drei weitere LR-Abgeordnete werden 2022 für das Wahlbündnis Ensemble antreten. Es handelt sich um Robin Reda, der bereits 2019 aus der Partei ausgetreten war, um sich der Bewegung Soyons libres von Valérie Pécresse anzuschließen, den Sprecher von Soyons libres, Jean-Carles Grelier, sowie um die ehemalige Europaabgeordnete Constance Le Grip. Als harter Schlag ist hingegen die Nominierung des ehemaligen LR-Fraktionsvorsitzenden in der Nationalversammlung (2017-2022), Damien Abad, als Minister für Solidarität, Autonomie und Menschen mit Behinderungen einzuordnen. Abad

trat erst kurz vor der Ernennung als Minister – und unter dem Druck der Partei - von seinem Fraktionsamt zurück und legte seine Parteimitgliedschaft vorerst auf Eis. Bereits im Vorfeld hatte die Tatsache, dass das Wahlbündnis Ensemble im Wahlkreis von Abad keinen Gegenkandidaten aufstellen wollte für Unruhe in den eigenen Parteilisten gesorgt. Einen ähnlichen politischen Schachzug machten die Rechtspopulisten von Reconquête, die keinen Gegenkandidaten zu Eric Ciotti aufstellen werden. Ciotti war bei den Vorwahlen der Républicains vor den Präsidentschaftswahlen in den zweiten Wahlgang eingezogen und prägt den nationalkonservativen Kurs der Partei deutlich. Inwiefern er sich mit diesem Kurs innerhalb der Partei durchsetzen kann, bleibt zu beobachten. Der Kampf um den Parteivorsitz hat bereits begonnen und Ciotti wird in diesem Kontext als ernstzunehmender Kandidat gehandelt und auch als möglicher Fraktionsvorsitzender in der Nationalversammlung genannt. In aktuellen Umfragen zum ersten Wahlgang der Parlamentswahlen liegen die Républicains bei 11%. 2017 erreichte die Partei noch 15,77% und zog mit 101 Parlamentariern in die Nationalversammlung ein. Die Partei ist auf kommunaler und regionaler Ebene weiterhin gut verankert, muss jedoch klar einen Abwärtstrend auf nationaler Ebene konstatieren.

Schlaglicht 4: Nach den Ergebnissen verschiedener Umfragen wünscht sich eine Mehrheit der Franzosen, dass Staatspräsident Emmanuel Macron aufgrund der Ergebnisse der Parlamentswahlen zur einer „Kohabitation“ gezwungen wird.

- Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Opinionway³ wünschen sich 63% der Franzosen, dass Emmanuel Macron „keine Mehrheit bei den Parlamentswahlen erhält und somit zu einer **Kohabitation** mit einer anderen politischen Mehrheit gezwungen wird“, gegenüber 35%, die wollen, dass er „eine Mehrheit in der Nationalversammlung hat und seine Politik umsetzen kann“ (und 2%, die sich nicht äußern).
Im Einzelnen wollen 77 % der Wähler von Jean-Luc Mélenchon im ersten Wahlgang, 63 % der Wähler von Yannick Jadot, 55 % der Wähler von Valérie Pécresse, 84 % der Wähler von Éric Zemmour und 95 % der Wähler von Marine Le Pen nicht, dass der Präsident eine eigene parlamentarische Mehrheit erhält. Umgekehrt wollen 85 % der Wähler von Emmanuel Macron im ersten Wahlgang, aber nur 62 % seiner Wähler im zweiten Wahlgang, dass er eine Mehrheit erhält. Laut einer weiteren Umfrage von Ipsos Sopra-Steria⁴ wünschen sich 56 % der Befragten, dass Emmanuel Macron die Parlamentswahlen verliert, gegenüber 20 %, die wollen, dass er eine Mehrheit erhält, „um sein Programm umzusetzen“, und 24 %, die es für besser halten, dass er „aus Kohärenz“ eine Mehrheit erhält, um „eine Kohabitation zu vermeiden“. Im Einzelnen wünschen sich 84 % der Wähler von Jean-Luc Mélenchon, 49 % der Wähler von Yannick Jadot, 40 % der Wähler von Valérie Pécresse, 87 % der Wähler von Marine Le Pen und 80 % der Wähler von Éric Zemmour eine Niederlage von Emmanuel Macron bei den Parlamentswahlen.

³ <https://www.opinion-way.com/fr/component/edocman/opinionway-pour-cnews-et-europe-1-sondage-soir-du-vote-24-avril-2022/viewdocument/2853.html?Itemid=0>

⁴ <https://www.ipsos.com/fr-fr/presidentielle-2022/second-tour-lapres-scrutin>

- Das Szenario einer Kohabitation schwebt wie ein Damoklesschwert über den diesjährigen Parlamentswahlen. Seit 2000 haben durch eine Verfassungsreform der Übergang zum Quinquennat (fünfjährige Amtszeit des Staatspräsidenten) und die Änderung des Wahlkalenders - so dass die Parlamentswahlen unmittelbar auf die Präsidentschaftswahlen folgen - dazu geführt, dass Kohabitationssituationen eher hypothetisch geworden sind.⁵ Im Jahr 2022 ist das Szenario hingegen durchaus realistisch und diskutierbar. Ein Teil der politischen Beobachter sieht in der Kohabitation die Gefahr einer politischen Lähmung. Während im innenpolitischen Bereich die Kompetenzen klar beim Premierminister liegen würden, ergeben sich im außenpolitischen Bereich Kompetenzüberschneidungen mit dem Staatspräsidenten, die während der Kohabitation zwischen Chirac und Jospin⁶ zu Inkohärenzen in außenpolitischen Fragen geführt haben. Das Wahlergebnis und die daraus resultierenden politischen Entwicklungen in Frankreich sind in diesem Hinblick für die europäischen Partner von hoher Relevanz.
- Doch auch eine „Präsidenten-Mehrheit“ durch einen Sieg des Bündnisses Ensemble „schützt“ das Land nicht automatisch vor einer politischen Lähmung. Sowohl das links- als auch das rechtspopulistische Lager sehen sich durch ihre soliden Ergebnisse bei den Präsidentschaftswahlen darin bestätigt, große Teile der französischen Bevölkerung zu repräsentieren und sind bereit, ihre politischen Positionen auch auf der Straße auszutragen. Es existiert die Gefahr einer lautstarken außerparlamentarischen Opposition. Bereits das erste Mandat von Staatspräsident Emmanuel Macron war durch die Gelbwestenbewegung von 2018 und den Bahnstreik von 2019/2020 im Rahmen der Rentenreform, der als längster Streik der Bahngesellschaft SNCF in die französische Geschichte einging, geprägt.

Schlaglicht 5: Das Thema Kaufkraft bleibt für die Wähler, wie bereits bei den Präsidentschaftswahlen, das wichtigste Thema. Durch eine geplante Änderung des Staatshaushaltes für das Jahr 2022, die direkt nach den Parlamentswahlen in die Legislative eingebracht werden soll, besetzt Ensemble das Thema jedoch klar.

- Der Präsidentschaftswahlkampf war klar durch Thema Kaufkraft geprägt. Unter dem Eindruck des Ukrainekriegs und den damit verbundenen steigenden (Energie-, und Nahrungsmittel-) Preisen hat sich diese Tendenz auch für die Parlamentswahlen bestätigt. Die Franzosen benennen das Thema als wahlentscheidend; es folgen die Themen Gesundheit, Rente, Migration sowie Umwelt und Steuern.

⁵ In der 5. Republik kam es in Frankreich zu drei Kohabitationen, nachdem die Opposition gegen den Präsidenten die Parlamentswahlen gewonnen hatte: 1986 bis 1988: Präsident François Mitterrand (PS) Premierminister Jacques Chirac (RPR) / 1993-1995: Präsident François Mitterrand (PS) Premierminister Edouard Balladur (RPR)/ 1997-2002: Präsident Jacques Chirac (RPR) Premierminister Lionel Jospin (PS)

⁶ Die beiden Politiker waren sich oft uneinig über die Haltung Frankreichs zur Nahostpolitik, wobei Chirac sich eher für die arabische Welt, Jospin eher für Israel einsetzte.

Welche der folgenden Themen werden bei Ihrer Wahlentscheidung in der ersten Runde der Parlamentswahlen am meisten zählen? - 5 mögliche Antworten⁷

Kaufkraft	58
Gesundheit	38
Rente	37
Migration	29
Umwelt	26
Steuersystem	26
Arbeit	22
Sicherheit	21
Bildung	20
Kampf gegen Ungerechtigkeit	19
Ukrainekrieg	17
Kampf gegen Terrorismus	16
Versorgung älterer Menschen	14
Europa	13
Geschlechtergleichheit	12
Staatsschulden	9
Wettbewerbsfähigkeit	8
Reform der Institutionen	8
Kampf gegen Delokalisierung	6
Frankreichs Außenpolitik	6
Moralisierung der Politik	6
Kürzungen Beamtentum	5
Einbindung von Referenden	5
Dezentralisierung	3

- Der erste Monat nach den Präsidentschaftswahlen war klar durch die Debatten rund um die Regierungsbildung geprägt. Inhaltlich Debatten über die Parteiprogramme rückten in den Hintergrund. Angesichts der Wahlkampfversprechen von Staatspräsident Emmanuel Macron standen insbesondere die Themen Gesundheit, Bildung, Arbeit und Umwelt im Fokus. Diese wurden auch von den Wählern als wichtig für ihre Wahlentscheidung eingeordnet. Auch die Auswahl der Premierministerin folgte dieser Logik.
- Weiteren Debatten über das Thema Kaufkraft hat Staatspräsident Emmanuel Macron kurz nach den Präsidentschaftswahlen den Wind aus den Segeln genommen. Durch eine geplante Änderung des Staatshaushaltes für das Jahr 2022, die direkt nach den Parlamentswahlen in die Legislative eingebracht werden soll, besetzt Ensemble das Thema klar. Die Konturen des Gesetzes zeichnen sich bereits ab (Senkung der Kraftstoffpreise, Fortführung der Preisbremse

⁷ [PowerPoint Presentation \(harris-interactive.fr\)](https://www.harris-interactive.fr)

für Strom und Gas, Mietpreisbremse, Einführung des Lebensmittelschecks für einkommensschwache Haushalte“)